

FLÄCHENRECYCLING ALS STRATEGIE IM STADTUMBAU OST?

Christian Strauß¹

¹ Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V., Eberswalder Straße 84, 15374 Müncheberg, Tel.: 033432-82338, E-Mail: christian.strauss@zalf.de

Die Neuinanspruchnahme bisheriger Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke stellt mit Blick auf die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung eine erhebliche Herausforderung dar, insbesondere in schrumpfenden Räumen. Denn aufgrund der beiden gegenläufigen Trends – zurückgehende Einwohner- und zunehmende Siedlungs- und Verkehrsfläche – sinkt die Siedlungsdichte zunehmend.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, alternative Konzepte zu diskutieren, um eine nachhaltige Flächenpolitik zu erreichen. Der Beitrag diskutiert daher die gemeindliche Flächenpolitik unter Schrumpfungsbedingungen. Dabei werden die gegenwärtigen Zielvorstellungen im Stadtumbau Ost einem theoretischen Analyseschema gegenübergestellt, um Defizite zu identifizieren. Hierfür das Konzept der Flächenkreislaufwirtschaft herangezogen und vor dem Hintergrund der Schrumpfungsbedingungen weiterentwickelt.

Noch mehr als unter Wachstums- gilt es unter Schrumpfungsbedingungen, die Siedlungsdichte zu erhöhen oder zu erhalten. Daher sollte die Nachfrage nach Siedlungsflächen grundsätzlich im Innenbereich befriedigt wird, während die Rücknahme von Flächen von außen nach innen erfolgt. Vorrangig ist der Erhalt von Nutzungen. Aufgrund der bereits entstandenen zahlreichen Brachflächen hat auch das Recycling eine große Bedeutung. Für die Erhöhung der Siedlungsdichte ist aber die Renaturierung wichtiger, weil die Gesamtnachfrage nicht ausreicht, um alle Brachflächen zu recyceln.

Im empirischen Teil werden 20 integrierte Stadtentwicklungskonzepten in Sachsen untersucht. Aus den Ergebnissen leiten sich Handlungsempfehlungen ab. Denn Gemeindepolitik im Stadtumbau Ost orientiert sich an den Vorgaben des Bund-Länder-Förderprogramms sowie der rechtlichen Regelungen. Unter Anerkennung des Akteurszentrierten Institutionalismus (Mayntz, Scharpf 1995) besteht für Bund und Länder daher die Möglichkeit, gemeindliches Handeln zu beeinflussen.

Das vorgeschlagene Vortragsthema ist Teil des Dissertationsvorhabens, das im Frühjahr 2013 abgeschlossen wird. Dieses leistet einen wissenschaftlichen Beitrag zur theoretischen Auseinandersetzung mit der Formulierung flächenpolitischer Ziele unter Schrumpfungsbedingungen. Es erklärt das gemeindliche Handeln durch den situativen Kontext des demografischen Wandels sowie durch überörtliche Institutionen. Daher leistet es auch einen planungspraktischen Beitrag zur Optimierung der gemeindlichen und überörtlichen Flächenpolitik im Stadtumbau Ost.

Quelle: Mayntz, R.; Scharpf, F. (1995): Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. In: dies. (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt/Main, New York, 39-72.